



Statement zu geplanten Streik-/Schwerpunktaktionen in einigen Bundesländern

Die Berufsorganisationen der Apothekerschaft im Saarland, in Schleswig-Holstein, in Hamburg und in Brandenburg rufen die Apothekeninhaberinnen und -inhaber in ihrem Gebiet auf, am kommenden Mittwoch, dem 19. Oktober, ab 12 Uhr ihre Betriebe für den Rest des Tages zu schließen. Mit diesem zeitlich befristeten, symbolischen Streik am Vortag der Verabschiedung des GKV-Finanzstabilisierungsgesetzes protestieren die Apotheken dagegen, dass die Belastungsgrenze für die Apotheken noch weiter überschritten wird. Die Politik hat mit den vorgezeichneten Kürzungen einen völlig falschen Weg eingeschlagen. Er gefährdet die Arzneimittelversorgung der Bevölkerung und ist ein Schlag ins Gesicht engagierter Apothekerinnen und Apotheker. Apotheken brauchen Entlastung, nicht weitere Belastung, um auch in Zukunft für die Patientinnen und Patienten vor Ort da sein zu können.

Die Schwerpunktaktion findet gezielt in drei Regionen Südwest-, Ost- und Norddeutschlands statt, die bereits jetzt stark vom Verlust sozialer Infrastruktur betroffen sind und von weiteren Schließungen bei Gesundheitseinrichtungen umso mehr verschont bleiben müssen. Eine bundesweite Streikaktion war und ist derzeit nicht geplant. Vielmehr will die Apothekerschaft das Signal in Richtung Bundesregierung und Bundestag aussenden, dass auch über das GKV-FinStG hinaus ein Politikwechsel notwendig ist. Der Berufsstand ist bereit, für diesen Politikwechsel zu kämpfen.

Das GKV-Finanzstabilisierungsgesetz verschärft zusätzlich die sich bereits jetzt verschlechternden wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für die Apotheken: Die Apotheken werden jetzt und in nächster Zukunft durch die (in der Sache gerechtfertigten und notwendigen) Tarifabschlüsse, durch steigende Lohnnebenkosten sowie die Lasten der Inflation und die Energiepreisexplosion mit massiven zusätzlichen Ausgaben konfrontiert, ohne dass eine Anpassung ihrer Vergütung oder zumindest temporäre Entlastungsmaßnahmen, wie sie für andere Einrichtungen oder Unternehmen diskutiert werden, absehbar sind. Die Apothekenteams haben sich in den beiden zurückliegenden Jahren für die Erfüllung pandemiebedingter Sonderaufgaben verausgabt, und die Betriebe leiden an Personalnot. Die psychosoziale und zeitliche Belastung der Apothekenmitarbeiterinnen und -mitarbeiter nimmt auch durch die zahllosen Lieferengpässe, die gemanagt werden müssen, weiter zu. Die Grenzen der Zumutbarkeit sind überschritten. Die Politik ist gefordert, einen spürbaren Beitrag zu leisten, dass Apotheken in Zukunft attraktive Arbeitsorte sein können und der Trend zu immer mehr Betriebsschließungen umgekehrt wird.

Berlin, 12.10.2022

ABDA – Bundesvereinigung Deutscher Apothekerverbände e. V.
Stabsstelle Kommunikation
Heidestraße 7, 10557 Berlin
Telefon 030 40004-132
www.abda.de